



die tageszeitung

Ausgabe Berlin
Nr. 9121
8. Woche
32. Jahrgang
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND

MONTAG, 22. FEBRUAR 2010 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



GOLDENER BÄR Warum Semih Kaplanoglu mit seinem berührenden Imker-Drama „Honig“ bei der Berlinale triumphierte > SEITE 14, 15

BERLIN Bericht gibt Managern Schuld am S-Bahn-Chaos > SEITE 21

ATOMAUSSTIEG Merkel versucht Röttgen zu bremsen > SEITE 8, 12

HELENE HEGEMANN Axolotl Overkill: Eine Autorin wird 18 – und der Literaturbetrieb dreht durch > SEITE 13

Fotos oben: Amélie Losier; Arco Image

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Jetzt ist es offiziell: „Winter auf dem Rückzug“, meldete am Sonntag dpa unter Berufung auf den Deutschen Wetterdienst. Die Zustimmung zum Winter war stark gesunken; zuletzt demonstrierten am Samstag 1.500 Menschen in Berlin unter dem Motto „Winter raus, heute lieber als morgen“. Wetterkritiker Eugen Drewermann sagte dort: „Wir jagen nicht den Winter, sondern wir sind selber Winter.“ Wetterminister Guido Westerwelle (FDP) warnte die Demonstranten davor, „naiv zu sein“. Wenn der Winter kopflos abzüge, würde kein Mädchen zur Schule gehen. Zu den weiteren Aussichten meldet der Deutsche Wetterdienst:

„Es ist trüb und regnerisch.“

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 9.299 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 06 94
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de



Afghanistan-Einsatz: Man kann auch Nein sagen

KRIEG In den Niederlanden zerbricht die Regierung: Die Sozialdemokraten weigern sich, den Kampfeinsatz in Südafghanistan zu verlängern. Der Deutsche Bundestag entscheidet am Freitag über die Aufstockung der Bundeswehrtruppen
▶ Der Tag SEITE 2

Niederländischer Soldat 2008 in Afghanistan
Foto: Jeroen Oerlemans/Hollandse Hoogte/afif

SPD hilft Schwarz-Grün bei Schulreform

HAMBURG Scholz bietet Senat Unterstützung an, stellt aber Forderungen

BERLIN taz | Hamburgs SPD-Chef Olaf Scholz stellt sich jetzt eindeutig hinter die vom Senat geplante sechsjährige Primarschule, die wegen einer möglichen Volksabstimmung auf der Kippe steht. „Für uns ist wichtig, dass die Primarschule um ein Vielfaches besser wird als die heutigen Grundschulen“, sagte der Oppositionspolitiker der taz. Er und die Partei Die Linke führen am Dienstag erneut Gespräche mit dem schwarz-grünen Senat. Wenn man sich einig werde, so Scholz, „dann wollen wir auch den Erfolg beim Volksentscheid für die Schulreform – inklusive Primarschule“. Die Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ droht, die Reform per Volksentscheid zu Fall zu bringen. Das wird nun schwerer. Scholz verknüpft sein Angebot an den Senat allerdings mit Forderungen, die teilweise weit über die schwarz-grünen Pläne hinausgehen: Er verlangt, „das Elternwahlrecht nicht anzutasten“, er will noch mehr Lehrer für die Primarschule und die Abschaffung des Büchergelds. **af**
▶ Schwerpunkt SEITE 3

Westerwelle legt noch eine Schippe drauf

BERLIN dpa | FDP-Chef Guido Westerwelle ist dafür, Arbeitslose zum Schneeschippen einzusetzen. In Berlin liege seit Wochen Eis und Schnee. „Da könnte die Stadt doch junge Sozialleistungsempfänger zum Räumen der Bürgersteige einsetzen“, so Westerwelle. „So praktisch ist das Leben.“ Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kritisierte die von Westerwelle ausgelöste Sozialdebatte als „zu holzschnittartig“. Es gebe keinen massenhaften Missbrauch von Hartz IV.
▶ Inland SEITE 6, Meinung SEITE 12

KOMMENTAR VON ERIC CHAUVISTRÉ

Von Holland streiten lernen

Zur Demokratie gehört die Uneinigkeit. Und im Zweifelsfall führt dieser Dissens zum Bruch einer Koalition. Die niederländischen Sozialdemokraten haben einen solchen Schritt jetzt vollzogen. Ihr Bestehen auf dem Abzug der Truppen aus den Kampfeinsätzen in Afghanistan ließ das Regierungsbündnis in Den Haag platzen.

In Deutschland, wo in dieser Woche wieder einmal über eine Ausdehnung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr entschieden wird, ist solch eine Entwicklung bislang undenkbar. Über Haushaltskürzungen oder Wirtschaftsreformen dürfen Parteien sich profilieren und wenn nötig Koalitionen zerbrechen las-

sen. Aber hier geht es ums Kriegführen. Und da gelten in Deutschland ganz andere ungeschriebene Regeln. Nicht weil die Öffentlichkeit dem Militär unkritisch gegenübersteht – im Gegenteil: Gerade weil es in der Bevölkerung eine große Skepsis gegenüber den militärischen Auslandseinsätzen gibt, haben die Interventionsbefürworter sich nie getraut, eine sachliche und ergebnisoffene Debatte zu führen. Stattdessen gab es Dogmen.

Bei Afghanistan gilt in Deutschland leider: Nur Verräter brechen den Konsens

Deshalb darf keiner aus der ganz großen Koalition der Interventionsbefürworter im Parlament ausbrechen. Zwar wird stets betont, wie wichtig es für die Bundeswehr und für das Land sei, dass die deutschen Streitkräfte eine Parlamentsarmee darstellen und dass jeder Einsatz im Ausland also der ausdrücklichen Zustimmung des Bundestags bedarf. Doch was ist solch ein Verfahren wert, wenn das Ausbrechen aus diesem vermeintlichen Konsens als Verrat brandmarkt wird? Eine sachliche Auseinandersetzung kann so nicht stattfinden.

Von der „holländischen Krankheit“ sprach man in den frühen 80er-Jahren, als der damalige deutsche Allparteien-

konsens zur Doktrin der atomaren Abschreckung zu bröckeln begann. Damals lernten die Deutschen von ihren niederländischen Nachbarn, ein bis dahin als unumstößlich geltendes militärpolitisches Dogma infrage zu stellen. Es gab wieder eine sachliche und offene Debatte. Ein Nein wurde wieder akzeptiert. Von so viel Freiraum ist Deutschland heute bei der Auseinandersetzung über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan weit entfernt. Das Tabu wird nicht angegriffen. Dabei sollte das niederländische Beispiel daran erinnern, was solch ein Dissens über militärische Entscheidungen vor allem ist: eine demokratische Selbstverständlichkeit.